Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Dienstag, 4. Oktober 1921

Nummer 464 • Abend-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Arbeitslosenfrage, Handelsbeziehungen, Reparationen

Die Allgemeine Weltlage

London, 4. Oktober.

Wie die Blätter melden, wird Lloyd George nach seiner heutigen Rede in Inverneß nach London reisen und dort morgen früh eintreffen. Nach seiner Rückkehr wird er **mit Arbeiterführern in Downing Street Beratungen über die Arbeitslosenfrage abhalten.**

Bei den Konferenzen in Gairloch erörterte der Premierminister mit den Sachverständigen für Handel und Finanzen die allgemeine Weltlage. „Daily Chronicle“ zufolge wird anerkannt, **daß eine dauernde Lösung des Arbeitslosenproblems von der Wiederherstellung normaler internationaler Handelsbeziehungen abhängig sei.** „Daily Mail“ berichtet, in den Konferenzen in Gairloch sei darauf hingewiesen worden, daß der Frieden im nahen Osten eine der Vorbedingungen für die **Besserung der Währungen** und für das **Wiederaufleben des Handels** sei.

Ein wichtiger Teil der Erörterungen sei die **Frage der deutschen Reparationszahlungen** gewesen. Laut „Daily Mail“ herrscht in gewissen industriellen Kreisen die Ansicht vor, daß, wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fallen der Mark und zu ernsten Wechselkursschwankungen führen würde, wodurch dem Wiederaufleben des Handels ernster Schaden zugefügt werden würde. Beschlüsse der Regierung in dieser Frage könnten nicht gefaßt werden, bevor nicht Lloyd George am Donnerstag mit dem Kabinett in London beraten habe. Laut „Daily Mail“ besteht jedoch die Möglichkeit, daß **Aenderungen von großer Bedeutung in der internationalen Politik der britischen Regierung das Ergebnis der in Gairloch stattgehabten Konferenzen sein könnten.** Nach demselben Blatt erklärte der augenblicklich in London weilende Vizepräsident der amerikanischen Handelskammer, er sei persönlich der Ansicht, das **eine neue Erwägung über die Kriegsschulden der gesamten Welt zugute kommen** würde. Es müsse alles getan werden, um die Vorkriegslage wiederherzustellen.

Die Wirkung des Marksturzes in Frankreich

Utd. Tel. Paris, 3. Oktober.

Der Sturz der Mark hat in den hiesigen Regierungskreisen die größte Beunruhigung hervorgerufen. In den zwischen Briand, Loucheur und Doumer stattgefundenen Verhandlungen, die sich nur mit dem unablässigen Sinken der deutschen Valuta beschäftigten, wurde geradezu die Befürchtung ausgesprochen, daß ein weiterer Sturz der Mark Deutschland vor die Unmöglichkeit stellt, seine Reparationsleistungen zu erfüllen. Man beabsichtigt daher — der Plan entstand in den eingangs erwähnten Verhandlungen — die Berliner Regierung durch eine Note zur Einschränkung des Notenumlaufs aufzufordern. Infolgedessen wandte sich die Pariser Regierung vertraulich an die englische Regierung mit der Anfrage, welche Maßnahmen sie zu treffen beabsichtige, um die Erfüllung der Reparationsleistungen durch Deutschland durchzusetzen.

Das österreichische Finanzelend

Der Finanzplan der Sozialdemokraten

Unser Wiener Parteiorgan, die „Arbeiterzeitung“, veröffentlicht einen vom sozialdemokratischen Parteivorstand und Abgeordnetenverband sowie den Arbeiterorganisationen der Regierung unterbreiteten Finanzplan mit der Erklärung, **daß die Stellungnahme der Arbeiterschaft von der der Regierung zu dem Finanzplan abhänge.**

Der Plan fordert Maßnahmen, durch die die Staatseinnahmen erhöht und die Staatsausgaben verringert und die Kreditpolitik in ein neues System gebracht werden soll. In erster Reihe wird **die Nivellierung der Vermögensabgabe durch Anpassung an den gesunkenen Geldwert verlangt,** ferner eine Ergänzung der Vermögensabgabe durch eine jährliche progressive Vermögenssteuer, **eine Erhöhung der Grundsteuer auf das Hundertfache des Friedenssatzes** sowie eine Aenderung des Steuersystems für die Industrie durch Auflage einer Gesamtsteuer. Dagegen sollen die Industrien, die notwendige Lebensmittel erzeugen, von dieser Steuer befreit sein. **Großhandel und Banken sind zu dieser Steuer heranzuziehen.** Der Finanzplan verlangt weiter den Abbau der staatlichen Lebensmittelzuschüsse, Aufhebung der Zölle auf die notwendigen Lebensmittel sowie Rohstoffe und Halbfabrikate, die in Oesterreich nicht erzeugt werden, **dagegen effektive Goldzölle auf die Einfuhr von Luxuswaren.**

Der Plan stellt auch genaue Forderungen bezüglich des Abbaues der Zahl der Beamten. **Alle öffentlichen Ausgaben für Kirchenzwecke sind einzustellen.** Die staatlichen Betriebe sind kaufmännisch geführten, gemeinwirtschaftlichen Anstalten zu übertragen. Bezüglich der Kreditpolitik werden innere Anleihen vorgeschlagen, nicht als allgemeine Zwangsanleihe, sondern im Wege der Anforderungen von Valuten und Devisen und ausländischen Effekten. Gleichzeitig soll **eine öffentliche Bewirtschaftung der ausländischen Zahlungsmittel eintreten.** Das nach Durchführung des Finanzplanes noch ungedeckte Defizit sei durch Auslandskredite zu decken, die hauptsächlich zu Wiederaufbauzwecken, namentlich zur Wiederherstellung und Elektrisierung der Eisenbahnen, zum Ausbau der Wasserkräfte und zur Behebung der Wohnungsnot verwendet werden sollen.

Die Partei der Heuchelei

Die Deutschnationalen benutzen ihre Oppositionsstellung, um sich den Anschein zu geben, als wenn sie der Anwalt aller Notleidenden und Bedrückten seien. Man braucht nur die zahllosen kleinen Anfragen im Reichstage anzusehen, die von ihnen ausgehen, um zu erkennen, daß hier ein Maß von Demagogie sich auftut, das selbst in der politischen Geschichte Deutschlands selten ist. Eine der letzten Anfragen der Deutschnationalen hat folgenden Wortlaut:

„Der Herr Reichswirtschaftsminister hat am 9. Juni 1921 in einer gemeinsamen Sitzung des wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen und finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats unter Bezugnahme auf einen am Tage vorher im 5. Ausschuß des Reichstages gefaßten Beschluß darauf hingewiesen, daß es wichtig sei, angesichts der Annäherung der deutschen Preise an die Weltmarktpreise gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, sowie die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen. Am 16. Juni 1921 hat das Plenum des Reichstages diesen Beschluß des 5. Ausschusses zu dem seinen gemacht. Trotzdem seit dieser Beschlußfassung des Reichstages und der zustimmenden Stellungnahme des Herrn Reichswirtschaftsministers bereits drei Monate vergangen sind und während dieser Zeit die Preissteigerung bereits einen erschreckenden Umfang angenommen hat, ist zum gesetzlichen Schutz des Reallohnes nichts geschehen. Das Widerstreben weiter Arbeitgeberkreise gegen eine Anpassung der Gehälter und Löhne an die steigenden Preise macht sich genau so, wenn nicht verstärkt, wie bei den vorangegangenen Perioden schneller Preissteigerung geltend. Die Kämpfe der Angestellten-, Beamten- und Arbeiterorganisationen um die Festhaltung des Reallohnniveaus werden infolgedessen in denselben Formen und mit denselben Mitteln geführt, wie in jenen früheren Perioden. Sind der Reichsregierung diese Tatsachen bekannt?

Was gedenkt sie zu tun, um dem Beschlusse des Reichstages vom 16. Juni gerecht zu werden und die Versprechungen des Herrn Reichswirtschaftsministers im Reichswirtschaftsrat einzulösen und dadurch das deutsche Wirtschaftsleben vor unnütz verschärften Lohn- und Gehaltskämpfen zu bewahren?“

Der ununterrichtete Leser soll durch diese Anfrage zu dem Eindruck kommen, daß die Deutschnationalen doch wirklich die besten Freunde der Lohn- und Gehaltsempfänger seien und mehr als andere Parteien bestrebt sind, ihrer Notlage abzuhelfen. In Wirklichkeit aber ist diese Anfrage nur ein plumper Versuch, den Wirtschaftsminister für etwas verantwortlich zu machen, was das ureigenste Werk der Deutschnationalen ist.

Betrachten wir deshalb kurz die Tatsachen: Bei der Beratung des Umlagegesetzes für Getreide stellten die Unabhängigen im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags den Antrag, angesichts der Annäherung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise gesetzliche Vorkehrungen für den Schutz des Reallohnes zu treffen, die Rentenempfänger vor weiterer Verelendung zu schützen und die der Landwirtschaft durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft zufließenden Konjunkturgewinne für die Allgemeinheit zu erfassen. Dieser Antrag wurde heftig bekämpft, am allerheftigsten von den Deutschnationalen, denselben Leuten, die jetzt die Anfrage stellen, in der sie sich beklagen, daß das nicht geschehen ist. Im Ausschuß wurde dieser Antrag zwar angenommen, im Plenum des Reichstages aber abgelehnt, und zwar wiederum insbesondere wegen des Widerstandes, den die Deutschnationalen ihm bereiteten. Statt dessen wurde ein Antrag der Demokraten angenommen, der die Regierung lediglich auffordert, die in dem Antrag der Unabhängigen fest umrissenen Aufgaben zu erwägen!

Wenn nun die Deutschnationalen herkommen, um andere zur Verantwortung zu ziehen für das, was sie selbst verschuldet haben, so ist das nicht nur unehrlich, es ist bewußter Schwindel. Schwindel, darauf berechnet, ihre eigenen Anhänger, die wegen der von den Deutschnationalen begangenen bewußten Schädigung der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten rebellisch geworden sind, einzulullen.

Es ist dies aber genau dasselbe unehrliche Spiel, das die Deutschnationalen auf allen Gebieten treiben. Ein Teil ihrer Abgeordneten, darunter der berüchtigte Helfferich, hat in einer weiteren Anfrage an die Regierung Beschwerde darüber geführt, daß die beim Lohnabzug zuviel gezahlten Beträge noch immer nicht zurückgezahlt worden sind. Auch hiermit wollen die Deutschnationalen den Eindruck erwecken, als wenn sie sich der Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten annehmen. In Wirklichkeit aber tragen die Deutschnationalen für diese Mängel des Lohnsteuergesetzes den größten Teil der Verantwortung. Lange vor ihnen haben die Vertreter der Unabhängigen und der rechtssozialistischen Partei im Steuerausschuß des Reichstages verlangt, daß die zuviel gezahlten Beträge sofort zurückerstattet werden, und nur ihren Bemühungen war es zu danken, daß in dem jetzigen Lohnsteuergesetz nach Möglichkeit der Abzug zu großer Beträge verhindert wird.

Aber bei all diesen Forderungen waren stets die Deutschnationalen wütende Gegner der Verbesserungsversuche der Sozialisten.

Hermes soll bleiben!

Die Zentrumsagrarier mit den Preissteigerungen einverstanden.

Zu den Nachrichten, daß Hermes bei der Neubildung der Reichsregierung ausgeschifft werden soll, nimmt die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ Stellung. Sie erklärt, daß, wenn wider Erwarten Hermes tatsächlich für die Besetzung des Botschafterpostens in Washington in Frage komme, man würde im Zentrum es außerordentlich bedauern, einen Wechsel in der Leitung des Ernährungsministeriums vornehmen zu müssen.

„Die Aufgaben des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sind keineswegs, wie an einigen Stellen geflissentlich erklärt wird, als abgeschlossen zu betrachten, denn der Abbau der Zwangswirtschaft, den der Herr Reichsminister Dr. Hermes mit Nachdruck durchgeführt hat, ist nur ein Teil der Aufgaben gewesen, die für die Bildung des Ministeriums maßgebend gewesen sind. Die Aufgabe des Ministeriums wird sein, die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland auf ein möglichst hohes Maß zu bringen, um die Einfuhr aus dem Auslande auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Es sind in diesem Sinne schon positive Ergebnisse erzielt worden, und die Produktionssteigerung dieses Jahres ist unverkennbar **trotz der ganz abnormen Witterung, die im Sommer geherrscht hat.** Wenn nicht die außerordentliche Dürre, die in den Sommermonaten weite Gebiete Deutschlands heimgesucht hat, und die infolge unserer Reparationsleistungen eingetretene weitere Markverschlechterung als erschwerende Momente aufgetreten wären, so würde eine außerordentliche Besserung unserer Ernährungslage sich allenthalben zeigen.“

Der in den vorstehenden Zeilen unternommene Versuch, es als Verdienst des Herrn Hermes hinzustellen, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung eingetreten, ist etwas sehr anmaßend. Wir geben natürlich ohne weiteres zu, daß ein guter Zentrumsmann bessere Verbindungen mit dem lieben Gott hat als gewöhnliche Sterbliche. Aber das berechtigt doch durchaus nicht dazu, das gute Wetter, für das ja der liebe Gott verantwortlich ist, als das Ergebnis Hermesscher Weisheit hinzustellen. Es hat eben im vergangenen Jahr wenigstens in den Monaten, die für die Ernte ausschlaggebend sind, eine günstige Witterung geherrscht. Und wenn eine Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung eingetreten ist, so nicht wegen, sondern trotz der Tätigkeit des Herrn Hermes.

Im übrigen sind ja auch die Zentrumsarbeiter ganz anderer Meinung als die Zentrumsagrarier. Den letzteren haben die unausgesetzten Preissteigerungen, die das A und O der Hermesschen Politik darstellen, ungeheure Vorteile gebracht, den Lohn- und Gehaltsempfängern dagegen eine so große Erschwerung ihrer Lebenshaltung, daß sie vor Hunger nicht ein noch aus wissen. Deshalb würde auch das Verschwinden Hermes nur bei seinen agrarischen Freunden Bedauern auslösen; bei 95 Prozent der deutschen Bevölkerung aber nur Freude.

Wenn im übrigen die Zentrumskorrespondenz erklärt, daß das Zentrum entschieden Wert darauf lege, daß die Politik des Ernährungsministeriums in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, so dürfen wir uns wohl die Frage erlauben, ob das auch bezug hat auf den neuesten Versuch des Herrn Hermes, den Agrariern trotz ihrer ungeheuren Milliardengewinne eine neue Liebesgabe von einer halben Milliarde Mark zuzuschanzen? Ein Versuch, der bisher wenigstens an den schlechten Finanzen des Reiches und dem Verantwortungsgefühl der Mehrheit der Reichsregierung gescheitert ist.

Das Gutachten des Völkerbundes

Voraussichtlich Sonnabend oder Sonntag

Paris, 3. Oktober.

Nach einer Havas-Meldung aus Genf bestätigt es sich, daß der Völkerbundsrat in der Lage sein werde, sein Gutachten über die oberschlesische Frage nächsten Sonnabend oder Sonntag bekanntzugeben. Der „Temps“ fügt dieser Meldung hinzu, der Völkerbundsrat werde an diesem Tage dem Obersten Rat der Alliierten die Lösung mitteilen, die er für die Teilung Oberschlesiens anempfehle.

Wenn jetzt aber die zuviel gezahlten Beträge noch nicht zurückgezahlt sind, so vor allem deshalb, weil die Finanzämter mit der Veranlagung sehr im Rückstand sind. Das aber ist in erster Linie das Werk der den Deutschnationalen nahestehenden Agrarier. Diese Leute haben systematisch die Erledigung der Veranlagung der Besitzenden erschwert. Der Bund der Landwirte hat im ganzen deutschen Reich Steuerberatungsstellen geschaffen, die für alle Landwirte Beschwerden gegen die Veranlagung des Reichsnotopfers, der Einkommensteuer, der Umsatzsteuer usw. eingebracht haben, ohne daß geprüft wurde, ob überhaupt Grund zur Beschwerde gegeben ist. Man wollte bewußt die Besitzsteuern sabotieren. Die Deutschnationalen haben es dadurch einfach unmöglich gemacht, daß die Finanzämter richtig arbeiten konnten. Sie trifft deshalb die Schuld, daß diese Behörden noch jetzt nicht soweit sind, daß die Beträge, die Arbeiter, Angestellte und Beamte zuviel gezahlt haben, zurückerstattet werden.

Ein drittes Beispiel: An den Plakatsäulen in Groß-Berlin klebt ein Anschlag des Reichslandbundes und des Brandenburgischen Landbundes. In ihm heißt es: „Die Landwirtschaft ist auf die Getreidepreise und die Brotpreise ohne Einfluß. Die Preise für das Umlagegetreide seien vom Reichstage festgesetzt und die für das freie Getreide würden gebildet an der Börse."

Wie liegen hier die Tatsachen? Die freie Wirtschaft ist von den Agrariern und ihrer politischen Vertretung, den Deutschnationalen, verlangt worden, weil sie höhere Preise wollten. Im Reichstagsausschuß sind die höheren Preise beschlossen worden gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien, die es für unverantwortlich erklärten, daß dem Volk das notwendigste Nahrungsmittel, das Brot, wucherisch verteuert wird. Die sozialistischen Parteien verlangten deshalb auch, daß für das Getreide im freien Handel Höchstpreise festgesetzt werden. Das aber wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt, weil sie die Weltmarktpreise haben wollen. Sie betragen jetzt für die Tonne Weizen rund 5000 M., während der Preis für den Umlageweizen auf 2300 M. festgesetzt ist, und sie steigen, je mehr die Mark fällt. An einer Tonne Weizen also verdient der Landwirt durch das Sinken der Valuta jetzt bereits 2700 M. mehr als an dem Umlageweizen. Der Bevölkerung Berlins gegenüber wagt der Landbund es nicht abzustreiten, daß die Sozialisten sich von Anfang an auf das schärfste gegen den Brotwucher gewandt haben. Im Reiche aber, dort, wo man die Dinge nicht so genau kennt, da wird in jedem Flugblatt wider besseres Wissen behauptet, daß die Unabhängigen und die Rechtssozialisten, die dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages angehören, der Getreidepreiserhöhung zugestimmt haben.

Diese Lügen sind der Ausfluß der Verzweiflung über den Rückgang des Einflusses der Deutschnationalen. Ihr Brotwucher, ihre Preistreiberei bei Milch, Fleisch, Kartoffeln, ihre gewissenlose Ausnutzung des Sinkens des Wertes der Mark hat den Lohn- und Gehaltsempfängern ohne Rücksicht der Parteiauffassung die Augen darüber geöffnet, daß die deutschnationale Partei genau wie die alte konservative Partei die Partei der Feudalherren, der Agrarier ist. Die große Niederlage, die die deutschnationalen Handlungsgehilfen z. B. bei der Kaufmannsgerichtswahl in Berlin erlitten haben, zeigt das Erwachen auch dieser Schichten aus dem Banne nationalistischer Verblendung. Jetzt aber steht die Stadtverordnetenwahl vor der Tür. Man greift zur Lüge, um sich zu retten. Wir aber hoffen, daß diese Lüge den Untergang der Deutschnationalen nur beschleunigen wird.

Ehrhardt flunkert

In der „München-Augsburger Abendzeitung" veröffentlicht Kapitän Ehrhardt eine Mitteilung, in der er dagegen Stellung nimmt, daß man ihn nicht nur von ganz links, sondern auch von verantwortlicher Stelle aus als Putschist bezeichnet. Er habe nach dem Kapp-Putsch, den er aus ehrlicher Ueberzeugung mitgemacht habe, kein Bedürfnis, sich nochmals an einem unvorbereiteten, planlosen Unternehmen zu beteiligen. Er beschwert sich zum Schluß darüber, daß man ihn nicht amnestiere und ihm die Rückkehr in die Heimat ermögliche, wo doch so viel amnestiert werde.

Auf diesen wohlberechneten Erguß fällt niemand herein, der Kenntnis von den Dingen hat. Ehrhardt gibt ja selbst zu, daß er keine Lust habe, nochmals an einem unvorbereiteten, planlosen Unternehmen sich zu beteiligen. Er spricht nicht davon, daß er sich überhaupt nicht mehr in hochverräterischem Sinne betätigen werde. Und sein Handeln bestätigt dies auch. Damit die nächste Aktion zum Sturze der Republik nicht so auseinanderfalle wie der Kapp-Putsch, hat Ehrhardt sich dauernd an der Bildung der Geheimorganisationen beteiligt. Er ist der Organisator des Freikorps Oberland. Seine mit sentimentalen Phrasen gespickte Erklärung soll der Oeffentlichkeit und den Behörden Sand in die Augen streuen. Wir hoffen, daß die verantwortlichen Stellen sich nicht düpieren lassen.

Dominicus — der Republikaner

Auf dem demokratischen Parteitag für den Wahlkreis Nord-Westfalen, der in Bad Oeynhausen stattfand, hielt Herr Dominicus eine Rede. Er rühmt sich, daß er dazu beigetragen habe, der Verordnung vom 29. August größere Durchschlagskraft zu geben, indem er den Anspruch der Länder auf die polizeiliche Exekutive hintangesetzt habe, um die Macht des Reiches zu betonen. Wie indes die Verwirklichung der Absichten dieser Verordnung durch Herrn Dominicus in der Praxis aussieht, das zeigt die Haltung, die der preußische Minister des Innern auf dem gleichen Parteitage zur Demokratisierung der Verwaltung eingenommen hat. Hierzu erklärte Herr Dominicus, eine rücksichtslose Beseitigung der Anhänger des alten Systems würde nur Denunzianten — und Streberturn züchten. Er sei zwar dafür, daß die Beamtenschaft größeres soziales und wirtschaftliches Verständnis und den „Geist innerlicher Hingabe an die neue Verfassung" besitzen müsse. Aber das gehe langsam und nur eine Politik der Versöhnung könne die anständigen Elemente des Beamtentums für den neuen Staat gewinnen.

Gegen diese Auffassung des Ministers erhob sich auf dem Parteitag Widerspruch. Die passive Resistenz von reaktionären Beamten dürfe nicht länger geduldet werden, das langsame Tempo der Demokratisierung wurde abgelehnt, worauf der Minister erklärte, er persönlich könne den rascheren Weg nicht gehen, weil er sonst „das Empfinden weiter Kreise der gebildeten Bevölkerung aufs tiefste verletzen" müßte.

Womit sich Herr Dominicus wiederum, verborgen hinter der Maske des Förderers der Demokratisierung, als Schützer der Macht der Reaktion trefflich bewährt hat. Die Reaktion in der Verwaltung wird den Herrn Minister verstehen. Sie wird seine Politik der Versöhnung der „gebildeten Bevölkerung" benutzen, indem sie die Vormacht in der Verwaltung für diese Gebildeten mit dem Hakenkreuz auch weiterhin voll in Anspruch nimmt. Das wahre Wesen dieses demokratischen Ministers, wie wir es oft geschildert haben, muß auf dieser Tagung schon sehr deutlich zum Ausdruck gekommen sein, wenn die eigenen Parteigenossen des Ministers in so scharfer Weise Widerspruch dagegen erheben.

Beendigung des Bremer Werftarbeiterstreiks

Bremen, 4. Oktober.

In einer stark besuchten Versammlung der Arbeiter der A.-G. Weser wurde gestern mit großer Mehrheit die Beendigung des seit sieben Wochen dauernden Streiks beschlossen. Die Besprechungen mit Vertretern der Werftdirektion beginnen heute vormittag. Mit der Aufnahme der Arbeit am Mittwoch kann gerechnet werden.

Der Internationale Kongreß der Kriegsopfer aller Länder, der gegenwärtig in Wien tagt, genehmigte einstimmig die von der Kommission ausgearbeiteten gemeinsamen Ziele der an die Internationale angeschlossenen Organisationen. In das Exekutivkomitee wurden Barbusse und Manny für Frankreich, Duderstadt und Tiedt für Deutschland und Brandei und Schmied für Oesterreich berufen.

Verschleierung

Die Gefahren der Stickstoffindustrie

Wolffs Bureau verbreitet folgende Meldung aus Halle:

Ein Besuch im Ammoniakwerk Leuna der Badischen Anilin- und Sodafabrik gab Montag nachmittag hiesigen und auswärtigen Pressevertretern einen Einblick nicht nur in den imposanten Riesenbetrieb, sondern auch in die Arbeitsverhältnisse, die von „kommunistischer Seite" als gefahrvoll dargestellt worden sind. Durch Befragung berufener Persönlichkeiten aus der Werksverwaltung sowie der Arbeitervertretung konnte festgestellt werden, daß die Besorgnisse, es könne sich in diesem der durchaus gefahrlosen Stickstofferzeugung dienenden Werk eine Katastrophe wie die in Oppau ereignen, ebenso unbegründet sind wie die Behauptung, das Akkord- und Prämiensystem werde zum Schaden der Arbeiterschaft und unter Zuhilfenahme von übermäßig vielen Ueberstunden durchgeführt. An Hand „beweiskräftigen Materials" wurden die Sicherheitsverhältnisse als durchaus normal, die Arbeitsverhältnisse als vorbildlich festgestellt.

Diese Nachricht wendet sich offenbar gegen die Verhandlungen der Vollversammlung des Bitterfelder Industriebezirkes, über die wir in unserer Morgenausgabe vom Freitag ausführlich berichteten. Im Vergleich zu den sehr eingehenden sachlichen Darlegungen unseres Berichts stellt sich diese von den interessierten Unternehmerkreisen veranlaßte Notiz als eine unbewiesene, mit unsicheren und unklaren Worten und Wendungen arbeitende Gegenbehauptung dar. Sie ist nur ein neues Zeichen dafür, daß sich die Unternehmer bemühen, die Dinge zu verschleiern. Um so deutlicher wird es, wie nutzbringend die Hinzuziehung von Arbeitervertretungen zu den Untersuchungen sein wird, aber nicht von „Arbeitervertretungen", die den Herren in Leuna bei der Errichtung Potemkinscher Dörfer zur Hand gingen.

Die Uebergabekomödie in Westungarn

Das Ung. Telegr.-Korr.-Bureau meldet, daß am Montag nachmittag **das auf die Uebergabe Westungarns bezügliche Protokoll von ungarischer Seite vom Generalleutnant Hegedues unterzeichnet werden sei.** Damit sei auch das letzte Hindernis einer zwischen Oesterreich und Ungarn durch die Vermittlung der italienischen und tschechoslowakischen Regierung abzuschließenden Vereinbarung gefallen. **Auf Wunsch der Generalkommission werde die ungarische Gendarmerie die Weisungen des Generalkommissars zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Oedenburg und Umgebung vollstrecken.**

Die Unterzeichnung des Uebergabe-Protokolls durch Ungarn ist eine reine Komödie. Trotz der Unterzeichnung durch Ungarn befindet sich das Burgenland in ungarischem Besitz, und wenn die ungarische Regierung auch amtlich erklären läßt, daß sie die westungarischen Komitate innerhalb der festgesetzten Frist räumen werde, so ist dieser Erklärung nicht der geringste Wert beizumessen. Hätte die ungarische Regierung die ernste Absicht, das Burgenland zu räumen, so konnte sie das längst tun. Aber sie duldet die Banden des Stefan Friedrich, sie duldet die Gendarmerie des Oßtenburg. Sie tut nichts, um der rein formellen Unterzeichnung des Uebergabe-Protokolls auch die tatsächliche Anerkennung zu verschaffen.

Aus dieser Sachlage heraus hat auch der österreichische Bevollmächtigte für Westungarn die Unterzeichnung des Protokolls abgelehnt.

Inzwischen gehen die Schritte weiter, die auf eine diplomatische Beilegung des Konflikts gerichtet sind. Die italienische Regierung hat es unternommen, in gemeinsamen Verhandlungen mit Vertretern Oesterreichs und Ungarns die Burgenlandfrage zu schlichten. Die Botschafterkonferenz hat dazu ihre Zustimmung gegeben, die aber noch nicht endgültig ist, da das Einverständnis der englischen Regierung noch aussteht.

Das Budget des Völkerbundes. Das Völkerbundbudget für 1922, das einstimmig angenommen wurde, sieht Ausgaben in Höhe von 20 858 000 Goldfranken vor, wovon 8 265 000 auf das Internationale Arbeitsamt entfallen. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß trotz der von der Kommission bereits vorgenommenen Streichung von über 3 Millionen Franken womöglich noch weitere Ersparnisse gemacht werden sollen.

Der Film am Dienstag

Filmdramaturg Ludendorff

Ein Berichterstatter des „Matin" hatte eine Unterredung mit Ludendorff, in der dieser u. a. erklärte: „Jeder Militärführer muß klar wissen, was möglich oder nicht möglich ist, oder er ist kein Führer." Also muß Ludendorff klar gewußt haben, wie möglich es ist, daß seine Leitung uns in eine Katastrophe hineintreiben wird. Es ist unverzeihlich, daß er sich trotz solchem klaren Wissen nicht schon vorher zurückzog, und verächtlich ists, daß er, nachdem er die Karre in den Dreck gefahren hatte, ausknif und nicht einmal den Mut fand, sich den Anklagen des gewiß nicht unnationalen — Professors Delbrück und des Generals Hoffmann zu stellen! Bemerkbar macht er sich nur, wenns gilt, sein „Vaterland" am mühsamen Ausscheiden des Gifts, das er ihm eingeträufelt hatte, dadurch zu hindern, daß er dem fiebernden Volkskörper immer neue Bakterien einimpft. Da er dieser Aufgabe nicht mehr wie einst durch seine militärische Tätigkeit gerecht werden kann, trägt er seine Pläne in das Gebiet, das bisher noch jedem Schmarotzertum Zuflucht gewährte, in das Gebiet des Films.

Stinnes bereitet die Gründung einer Filmfabrik großen Stils vor. Daß er dafür ein Anfangskapital von 125 Millionen aussetzen kann, nimmt nicht wunder, wenn man berücksichtigt, daß die zur Erfassung von Kriegsgewinnen konstruierte Steuerschraube sich besser an Gehälter der arbeitenden Klasse anlegen läßt als an den Hort widerstrebender Industriebeherrscher. Der Hinweis auf die Richtung, wohin das neue Stinnesunternehmen steuert, ist geeignet, uns den ganzen Ernst der Situation zu Bewußtsein zu bringen. Ein Speichellecker des „Filmkönigs Stinnes", namens Artur Landsberger, verrät uns bereits: „Zweck ist die Herstellung nationaler Films". Diese Tatsache, sagt er in seinem in einem Filmblatt veröffentlichten offenen Brief an Stinnes, „nötigt mir, der ich, wie Sie, die Internationale hasse und in der Pflege des Nationalbewußtseins Zweck und Inhalt jeder politischen Betätigung sehe, die Feder in die Hand". Sonst griff Herr Dr. Landsberger zur Feder nur, um mit der Fabrikation von Hurenromanen, worin bis jetzt Zweck und Inhalt seiner Betätigung lag, zur Verseuchung seiner Landsleute beizutragen. Gefährlicher ist's, wenn eine Macht wie Stinnes aus dem Film eine Waffe schmiedet, die jeden Wiederbelebungsversuch an einer im Haß gegen die Internationale krepierenden Menschheit hintertreiben soll. Da der Film wie kaum etwas anderes in so unmittelbarer Beziehung zu allen Teilen des Volkes steht, daß diese fast nur noch seinen Einflüssen unterworfen sind, kann — je nach der Absicht dessen, der sich dieser Waffe bedient — eine beliebige Wirkung hervorgerufen werden. Nun ist die von verlogenem Pathos leider noch infizierte Volksseele für nichts so empfänglich wie für Patriotismen und Nationalismen. Wer auf diesen Mitteln, die ebenso billig wie dankbar sind, seine Spekulationen aufbaut, hat von vornherein den Vorsprung. Dazu kommt, daß Stinnes die Prüfung der Manuskripte einem Mann überträgt, der für die geistige Nahrung des Volks mit gleichem Erfolg sorgen wird, wie er während des Krieges für dessen körperliche gesorgt hat: Erich Ludendorff! Man tröste sich nicht damit, dieser Mann könne als Filmdramaturg doch lange nicht so unheilvoll wirken, wie man's sonst von ihm gewöhnt war! Man bedenke, daß er, dem der Weltkrieg nichts als ein Film mit tragischem Ausgang war nun umgekehrt, den Film als Generalstäbler des Zukunftskrieges ansehen könnte!

Statt also froh zu sein, daß die Menschen wenigstens im Kino nicht zuviel an ihre Peiniger und Ausbeuter denken müssen, bestehen Stinnes und Genossen darauf, den Teufel an die Leinwand zu malen. Wissen sie nicht, daß der ihnen „verhaßte" Geist der Internationale und der Republik mit gewiß nicht geringerer Fähigkeit als Ludendorff den Film als Waffe schwingen kann und schwingen wird? Denn dieser Geist, vor dessen schüchternen Gehversuchen Ludendorff einst geflüchtet war, hat inzwischen seine Schüchternheit und seine Kinderschuhe abgelegt.

Dosio Koffler

Filmschau

Wer darüber empört ist, daß man sich unterstehen darf, ihm eine Albernheit, wie den „Schatz der Azteken" vorzusetzen, dem will ich verraten, was man mir auf meine entrüstete Frage erwiderte: „Ihr seid naiv, wenn ihr glaubt, daß ihr als Publikum für uns in Betracht kommt. Was ihr als Albernheit bezeichnet, ist für die großen Volksmassen gut genug, denn gerade damit machen wir in der Provinz, die Gottseidank nicht so verwöhnt ist wie ihr, die besten Geschäfte. Und wir sind schließlich nicht dazu da, die Welt zu verbessern, sondern Geld zu verdienen." Dazu ist die Filmpresse ebenfalls da, sonst würde sie diesem Mist von Film gegenüber jede Rücksicht auf Inserate fallen lassen! Die Ufa hat eine „Kulturabteilung". Sie brennt sich aber mit dem „Schatz der Azteken" ein Schandmal ein, das durch keine Kulturabteilung gelöscht werden kann! Wir raten ihr dringend, diesen Film von der Bildfläche schleunigst verschwinden und ihn auch in der Provinz nicht auftauchen zu lassen!

Aehnlich verhält es sich mit dem in den Oswald-Lichtspielen gezeigten „Fortunato". Sein Autor — ich wette auf einen entlaufenen Konfektionslehrling oder so — hat seine Kenntnis der „Nachtseite des Lebens" und sonstiger Abenteuer aus der Filmgattung der obenerwähnten Aztekenschätze und aus den Groschenheften Nat Pinkertons geschöpft. Und solch ein Wesen erhält die Möglichkeit, mit dem Lebenslauf einer Hochstaplerin, wie er sich in seinem Hirnbrei spiegelt, tausende erwachsene Menschen anzuöden!

Wie ein reinigendes Bad wirkt danach „Der Roman der Christine von Herre", verfaßt und inszeniert von Dr. Ludwig Berger. Ein Märchen von der jungen Gräfin, die dem verhaßten Gatten dadurch entkommt, daß sie sich tot stellt und sich beerdigen läßt, um dann aus der Gruft heraus dem Geliebten zu folgen. Die Handlung verlegt Berger in die Mitte des 19. Jahrhunderts. Er hält sich aber nicht an einen bestimmten Stil, er spielt bewußt mit verschiedenen Zeitfärbungen. So erzielt er mehr Buntheit im Ablauf der sonst zu dünnen Geschehnisse und breitet darüber den Schimmer des ihm so vertrauten Shakespeare, dessen Hauch besonders in den italienischen Landschaften spürbar wird. Auch zahlreiche Anklänge an Hofmannsthal finden sich vor, wahrscheinlich ist sogar die Wahl des Milieus von Hofmannsthal beeinflußt. Die wirksamste Unterstützung findet Berger in seinem Bruder, dem Maler Bamberger. Agnes Straub, die Darstellerin der Christine, hat auf der Photographie einen zu starren Blick. Vielleicht muß sie sich ans Filmen erst gewöhnen. Werner Krauß, in der Rolle eines alten schrullenhaften Grafen, enttäuschte diesmal, seine groteske Phantastik artet zur Virtuosität aus. Paul Hartmann, als Liebhaber, anmutig wie immer.

Ein Gegenstück zur zarten „Christine" ist die schaurige „Schreckensnacht in der Menagerie", die nach einem Erlebnis John Hagenbecks von Julius Urgiß und Max Jungk bearbeitet und von Ernst Wendt inszeniert wurde. Romantik einer wandernden Zirkustruppe mit dazugehörigen Requisiten, als da sind: eine verführerische Direktorin, ein betrogener und später ermordeter Direktor, ein Mordprozeß, ein den Raubtieren zum Fraß ausgesetzter Säugling, der im letzten Moment gerettet wird, ein brennender Zirkus, ausbrechende Raubtiere — ist dies schon Schund, so hat er doch Methode! Da all das mit so sicherer Umgehung der hier drohenden Geschmacklosigkeiten zugeschnitten wird, wollen wir uns mit ruhigem Gewissen zur Gänsehaut bekennen, die uns überkommt! Aber nicht darin liegt der größte Wert dieses Films. Er liegt in der Leistung Hermann Picha's! Dieser Schauspieler, der zweifellos der beste deutsche Filmkomiker ist, hat hier aus einer komischen Rolle plötzlich in eine tragische zu fallen, und er bringts fertig, daß die Zuschauer, die eben noch herzhaft über ihn lachten, in derselben Sekunde verstummen und tieferschüttert vor sich hinstarren. Das ist höchste, nicht mehr zu überbietende Kunst, hoffentlich findet sich bald der Regisseur, der sie zu nutzen versteht! — D. K.

Neues vom Film

In der Arbeitergegend Berlins sind diese Woche zwei neue Lichtspielhäuser eröffnet worden. Eins in der Müllerstraße unter dem Namen „Alhambra" mit 1200 Sitzplätzen. Es ist mit allen technischen Errungenschaften der Neuzeit ausgestattet und wird, außer Filmen, auch Einakter und Operetten bringen. Das andere: „Luisen-Theater-Lichtspiele" tritt an Stelle des früheren Luisen-Theaters. Da in diesen beiden Häusern ausschließlich die Arbeiterschaft Anregung und Zerstreuung suchen wird, werden wir mit besonderer Aufmerksamkeit darüber wachen, daß das hier gebotene Programm nicht nach dem in unserer heutigen „Filmschau" gekennzeichneten Ausbeutungssystem

Kongreß des AfA-Bundes

Sonntag-Nachmittagssitzung.

In der Tagung am 2. Oktober hatte **Prof. Dr. Sinzheimer** ausgeführt, im Arbeitsrecht müsse zum Ausdruck kommen, daß der Mensch nicht ein Mittel zum Zwecke der Wirtschaft sei, sondern **die Wirtschaft den Menschen dienen müsse.** Das materielle Arbeitsrecht müsse grundsätzlich für alle Arbeitnehmer gleich sein, soweit nicht sachliche, innere Gründe eine Abweichung in Einzelheiten notwendig machen. Redner verlangte auch eine Vereinheitlichung der Arbeitsbehörden (Schlichtungsausschüsse, Arbeitsvermittlungsämter, Arbeitsgerichte usw.), weil es erforderlich sei, den dazu erforderlichen Verwaltungsapparat gleichmäßig mit **sozialem Geiste** zu erfüllen. Arbeitsgerichte seien für alle Arbeitnehmer notwendig, weil das Recht ohne einen entsprechenden Rechtsweg nichts nütze. Sinzheimer behandelte sodann die Frage, ob es zweckmäßig sei, daß neben der staatlichen Gesetzgebung, die durch zwingende Vorschriften die grundlegenden Bestimmungen des Arbeitsrechts zu regeln habe, nicht die Ausführungsvorschriften, die heute durch vielerlei Verwaltungsbehörden erlassen werden, den zu schaffenden Bezirkswirtschaftsräten übertragen werden. Diese paritätischen Räte könnten der weiteren Ausgestaltung des sozialen Rechts vorarbeiten.

Wir betonen die unbedingte Pflicht zur Arbeit, wir verlangen aber auch, daß

nicht Raubbau an der Arbeitskraft

getrieben werde, daß die Arbeit keine Last für den Menschen sei, sondern ihm zur freudevollen Befriedigung diene. Sinzheimer wendet sich sodann gegen den Gedanken der sogenannten Gewinnbeteiligung, gegen die Kleinaktie. Diese Bestrebungen seien nichts weiter als **Bestechungsversuche gegen die Arbeitnehmer.** Gewinnbeteiligung und Kleinaktie würden den sozialen Geist töten. Wir wollen nicht den Egoismus der einzelnen Arbeitnehmerschichten fördern, sondern ihnen klarmachen, daß es gilt, **die gesamte Wirtschaft unter den Willen der gesamten Arbeiterschaft** zu stellen, die gesamte Wirtschaft planmäßig zu organisieren.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Debatte, an der sich **Müller** (D. W. V.), **Schweitzer** (Butab.), **Schröder** (Z. d. A.), **Rickelt** (Bühnengenossenschaft) usw. beteiligten. Die vorliegende

Schlichtungsordnung

wurde als ein Entwurf bezeichnet, der den Anforderungen nicht genüge, die Dr. Sinzheimer gestellt habe. Es wurde auch ausgesprochen, daß die Gesetzgebung unbedingt ein Mindestmaß von Arbeiterschutz festlegen müsse. Es könne nicht angehen, daß man den Arbeiterschutz ganz auf die jeweiligen Machtverhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter stelle. Das würde sonst bei einer rückläufigen Konjunktur den Arbeitern zum Schaden gereichen.

Mit einem Schlußwort des Referenten war dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ein Beschluß dazu wurde nicht gefaßt.

Montag-Vormittagssitzung.

Süß begründete den vorliegenden **Satzungsentwurf für den AfA-Bund** sowie den

Kartellvertrag mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund,

durch den ein gemeinsames Arbeiten gewährleistet ist. Diese Vorschläge wurden unter stürmischem Beifall einstimmig angenommen. Ebenso wurden folgende

Freigewerkschaftliche Grundsätze

einstimmig beschlossen:

I.

„Die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende kapitalistische Wirtschaft mit ihrer Entwicklung zum Großbetrieb und ihrer immer weiter getriebenen Arbeitsteilung **hat ein Heer von Angestellten** geschaffen, die ebenso wie die Arbeiter Zeit ihres Lebens darauf angewiesen sind, als besitzlose Arbeitnehmer ihren Unterhalt zu erwerben.

Um ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben, und ihre Rechte gegenüber dem Unternehmertum zu wahren, sind auch die Angestellten gezwungen, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Parteipolitische und religiöse Ueberzeugung darf hierbei **kein Hinderungsgrund für die gemeinsame Arbeit** sein.

II.

Die wirtschaftliche Uebermacht der Unternehmer zwingt die Angestellten zum gemeinsamen Kampf um:

1. **die Steigerung ihres Anteils am Produktionsertrage,**
2. **die Erringung günstigerer und die Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen,**
3. **die rechtliche Sicherung des arbeitenden Menschen vor den schädigenden Wirkungen der kapitalistischen Lohnarbeit.**

III.

Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern:

1. **die rückhaltlose Anerkennung des Vorrechts des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes,**
2. **die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit,**
3. **die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung,**
4. **die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung,**
5. **die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.**

Sie erblicken deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

IV.

Das **Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer** muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetriebe beginnend, bis in die höchsten Spitzen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden.

Die Betriebsräte haben im Einverständnis mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung **die Betriebsdemokratie** durchzuführen.

Aufgabe der freien Angestelltengewerkschaften ist es, die wirtschaftliche und soziale Bildung der Angestellten zu fördern und sie für ihre Tätigkeit in der vergesellschafteten Wirtschaft zu schulen."

Der

Vorstand des AfA-Bundes

wird aus den besoldeten Kollegen Aufhäuser (Butab), Süß (Z. d. A.) und Stähr (D. W. V.) sowie vier ehrenamtlichen Vorsitzenden und acht Beisitzern bestehen.

Maßnahmen gegen die Wohnungsnot

Eine Entschließung des Reichstagsausschusses

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen beschäftigte sich am Montag mit einem Antrage Bahr-Frankfurt, wonach das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921 in verschiedenen wesentlichen Punkten geändert werden solle.

Nach einer ausführlichen Debatte wurde gemäß einem Antrag des Vorsitzenden Abg. Dr. Runkel (D. Vp.) folgende Entschließung angenommen;

Die Reichsregierung zu ersuchen,

1. anzustreben, daß in den Jahren 1922—23 mindestens je 200 000 Wohnungen erbaut und
2. zur Deckung der untentierlichen Baukosten sind im Jahre 1922 und 1923 von den Ländern und Gemeinden mindestens je 6 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen,
3. zu diesem Zweck ist das Wohnungsabgabegesetz vom 26. Juni 1920 weiter auszubauen.
4. **Sollte es nicht möglich sein, für das gesamte Reich die Baukosten eines Jahres unmittelbar durch Erhöhung der Wohnungsabgabe aufzubringen, so ist es den Ländern zu überlassen, ob die neuen Einnahmen unmittelbar zu Zuschüssen oder zur Verzinsung und Tilgung der notwendigen Beträge Verwendung finden.**

Angenommen wurde ferner ein Antrag Silberschmidt als Zusatz zu Antrag 85: Der Wohnungsausschuß empfiehlt der Reichsregierung, weitere Einnahmen für den Wohnungsbau durch Erfassen neuer Quellen im Sinne des Antrages 81 I, II, III und durch Leistungen der Industrie und Landwirtschaft zu erschließen.

Das Hilfswerk für Oppau

Die holländische Firma Pierson u. Co. in Amsterdam stiftete für die Opfer des Oppauer Unglücks **100 000 Mark.**

Die von dem Verlag der „Leipziger Neuesten Nachrichten" eingeleitete Sammlung für die unglücklichen Opfer von Oppau hat bis zum Montag nachmittag die Summe von **208 000 Mark** ergeben.

Durch Leistung von vier Ueberstunden der gesamten Belegschaft der **Tüll- und Gardinenweberei Akt.-Ges.** in Plauen-Haselbrunn i. V. und hinzufügen der gleichen Summe durch die Betriebsleitung konnte das genannte Unternehmen dem Reichshilfsausschuß für Oppau **11 000 Mark** überweisen.

Die von der „Frankfurter Zeitung" eingeleitete Sammlung für die Opfer von Oppau hat bereits **1½ Million Mark** überschritten.

Schutz der Kriegshinterbliebenen gegen Zwangsvollstreckung

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit:

Nach Ablauf der zuletzt durch Gesetz vom 22. Dezember 1920 bis zum 1. Juli 1921 verlängerten Gültigkeit des zum **Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung** erlassenen Gesetzes ist von einer Verlängerung dieses Schutzgesetzes abgesehen worden, da nach übereinstimmender Ansicht der zuständigen Reichs- und Landesstellen der Zweck des Gesetzes durchaus erreicht war. Die Kriegsbeschädigten sind inzwischen in den weitaus meisten Fällen wieder in der Lage, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse allein zu regeln; ein weiterer gesetzlicher Schutz würde ihrer Selbständigkeit und auch ihrer Kreditfähigkeit Abbruch tun. Anders stehen in dieser Beziehung die Kriegshinterbliebenen da.

Infolge des Todes ihres Ernährers plötzlich auf sich selbst angewiesen, bedürfen sie in der Regel wegen Unkenntnis der Verhältnisse und Unselbständigkeit eines besonderen, länger andauernden Schutzes, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung, wie überhaupt bei der Prozeßführung. Dieser Schutz ist den Kriegshinterbliebenen gewährt worden, zwar nicht in Gesetzform, wohl aber durch die Einführung eines zweckentsprechenden, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden **Zusammenwirkens zwischen den Prozeßgerichten und den Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge.** Auf Anregung des Reichsarbeitsministers hat der Herr Reichsjustizminister am 29. April 1921 ein Rundschreiben (vgl. Reichsversorgungsblatt Jahrg. 1921 Bl. 37. Nr. 637) an die Landesjustizverwaltung gerichtet, in welchem die Gerichte veranlaßt werden, **von sich aus Feststellungen zu treffen, ob es sich bei Beklagten um schutzbedürftige Kriegshinterbliebene handelt.** Kommen solche in Frage, dann werden die Gerichte hinfort den Fürsorgestellen Mitteilung machen und diese Stellen dadurch in die Lage versetzen, mit größter Beschleunigung zu prüfen, ob ein Eingreifen der Fürsorge nach Lage des Falles notwendig erscheint. Die erforderlichenfalls alsdann sofort einsetzende Tätigkeit der Fürsorgestellen hat dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit den Gläubigern erleichterte Zahlungsbedingungen, Stundung, Herabsetzung der Schuldsumme usw. vermittelt werden. Sie hat ferner für **Bereitstellung von Mitteln und Hergabe von Darlehen** Sorge zu tragen, aber auch andererseits der pünktlichen Innehaltung der für die Verpflichteten erwirkten günstigeren Zahlungsbedingungen Beachtung zu schenken. Es darf erwartet werden, daß durch dieses Zusammenwirken von Gerichten und Fürsorgestellen wirtschaftliche Schädigungen der Kriegshinterbliebenen in vielen Fällen vorgebeugt werden wird.

Soweit ausnahmsweise einzelne Kriegsbeschädigte zur Führung ihrer Angelegenheiten etwaiger Prozesse nicht in der Lage sein sollten, werden die Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge ebenfalls ohne weiteres eintreten und ihnen Schutz und Hilfe angedeihen lassen.

Der holländische Millionenschwindler. Die Wiener Devisenzentrale stellt auf Grund des von ihr eingeforderten Materials fest, daß der durch die Transaktionen des Spekulanten Daniel Duim den hiesigen Banken und Bankfirmen zugefügte Schaden zum heutigen Kurse etwa 960 Millionen Kronen beträgt. Dieser Schaden verteilt sich auf 24 Kontrahenten.

Die amerikanische Hilfsaktion in Petersburg hat neun Speiseanstalten eröffnet, die täglich 60000 Kinder speisen können. Die Sowjetbehörden haben die amerikanische Regierung gebeten, auch **Speisen für die Erwachsenen** zu liefern, was jedoch abgelehnt wurde.

Vorsicht bei Einkäufen!

Aus unserem Leserkreis gehen uns fortgesetzt Beschwerden darüber zu, daß sie bei Einkäufen in Lebensmittelhandlungen geschädigt werden. Händler und Kaufleute sollen beim Abwiegen der Ware fast allgemein die Verpackung mitwiegen und sich auf diese Weise die Verpackung mit dem vollen Warenpreis bezahlen lassen. Oft stellt es sich auch beim Nachwiegen der gekauften Ware heraus, daß zuwenig Ware verabfolgt wurde.

Gegen solche üblen Geschäftspraktiken können sich die Käufer nur durch erhöhte Aufmerksamkeit bei Einkäufen und durch genaue Kontrolle schützen. Werden bei einzelnen Händlern dennoch solche betrügerischen Machinationen wahrgenommen, so darf man im Interesse der Allgemeinheit auch vor einer Anzeige nicht zurückschrecken. Bei der herrschenden Teuerung muß unbedingt der Konsument vor jeder Uebervorteilung geschützt werden.

Einen sicheren Schutz gegen Nachteile solcher Art bieten unbedingt die Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaften. Die Arbeiter sollten darum in noch stärkerem Umfang als bisher die Mitgliedschaft dieser gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen erwerben und ihre Einkäufe soweit als möglich bei ihnen decken. Auf diese Weise werden sie nicht nur vor wesentlichen Benachteiligungen bewahrt bleiben, sondern auch dazu beitragen, daß der so segensreiche Genossenschaftsgedanke immer tiefere Wurzeln schlägt.

Erhöhung des Brotpreises

Die Steigerung fast sämtlicher Unkosten, insbesondere der Gehälter, Löhne und des Fuhrlohnes, erfordert eine, wenn auch relativ nicht erhebliche Erhöhung des Abgabepreises für Backmehl. Die Deputation für das Ernährungswesen beschloß in ihrer Sitzung am Montag, dem Magistrat eine entsprechende Erhöhung des Brotpreises, und zwar um 15 Pfg. je Großbrot, für die Zeit vom 10. Oktober 1921 ab vorzuschlagen, der Preis der Schrippe soll unverändert bleiben.

Pfui Spinne!

Vor den Reichstagswahlen 1920 pries sich die Deutsche Volkspartei den Wählern als stärkste Kampfgruppe gegen die Sozialdemokratie an: „Von roten Fesseln macht Euch frei allein die Deutsche Volkspartei!" Jetzt, 14 Tage vor den Berliner Stadtverordnetenwahlen, klebt an allen Berliner Anschlagsäulen ein Plakat der Deutschen Volkspartei, auf dem die Sozialdemokratie als eine widerwärtige Spinne dargestellt ist, die Rathaus, Schloß, Dom und Brandenburger Tor mit ihren roten Fäden überzieht. „Zerreißt das rote Netz — wählt Deutsche Volkspartei!" lautet diesmal die Wahlparole dieses rechten Flügels der erweiterten Koalition.

Prominente Führer der Mehrheitssozialisten haben sich, zuletzt in Görlitz, nicht wenig angestrengt, die Gunst der Deutschen Volkspartei zu erringen. Es sieht nicht so aus, als ob sie auf viel Gegenliebe gestoßen wären. Was uns betrifft, so überrascht es uns nicht im mindesten, zu sehen, wie die Partei der Stinnes hier wie in allen anderen Fällen ihre Feindschaft gegen alles, was sozialistisch ist, an den Tag legt. Es würde uns aber interessieren, zu hören, was die „Prominenten von Görlitz" dazu sagen? Die einzige Antwort, die eine Arbeiterpartei auf dergleichen Spinnereien haben darf, und die auch die S. P. D. längst hätte finden müssen, lautet: „Pfui Spinne!"

zusammengesetzt wird. — Vorläufig sei vermerkt, daß die „Alhambra" mit dem konterrevolutionären Film „Danton" eröffnet wurde.

Wie wir hören, sollen „Die Räuber" verfilmt werden. Wenn gewissen Herren Filmautoren und Regisseuren die eignen Ideen, die sie nie hatten, nun auch noch ausgehen, dann mögen sie „beiseite treten und eine Träne des Mitleids vergießen", um den ihnen wehrlos ausgelieferten Schiller, aber ihn in Ruhe lassen! Oder wollen sie durch getreuliches Abphotographieren böhmischer „Originalwälder" den Gehalt der Räuber wiedergeben? Der ist in keinem Wald für Räuber greifbar! Der liegt im flammenden Wort des revolutionären Schiller, dem's vor Zudringlichkeiten eines kurbelnden Säkulums mehr als vor dem tintenkleckfenden ekeln würde! —

Das Manuskript für den ersten Zehner-Film: „Hinterreppe", stammt von Curt Moyer. Es weist im ganzen nur drei Personen auf! Wir wissen, daß der Autor sich schon mit seinen bisherigen Arbeiten (Calligari, Scherben) weitab von den ausgetretenen Pfaden bewegte. Wie er aber mit seinem neuen Experiment fertig wird, darauf darf man um so gespannter sein, als ja für die Möglichkeit, selbst mit Unterstützung durch die Sprache ein mehraktiges Drama auf drei Personen aufzubauen, nur Einzelfälle (wie Schönherrs „Weibsteufel") bekannt sind.

Kunst und Franzosenhetze. Zu diesem unerschöpflichen Thema, dessen polemische Behandlung wir vorletzten Freitag begonnen haben, finden wir in Heft 7-8 des „Schriftstellers", Zeitschrift des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, eine Notiz über das Wiedererscheinen französischer Autoren auf deutschen Bühnen. Nach längeren Verhandlungen haben die französischen und die deutschen Bühnen-Schriftstellerverbände den wechselseitigen Boykott aufgehoben, so daß nunmehr die deutschen Bühnen französische Stücke aufführen können, die französischen deutsche. Dazu bemerkt das genannte Organ: „Es wäre interessant zu erfahren, welche deutschen Autoren wohl in Paris gespielt werden. Es muß leider befürchtet werden, daß sich bald auch die letzten deutschen Bühnen den ernsten deutschen Autoren verschließen und der französische Kitsch gegen etwas anderes ausgetauscht wird??" Es wird dem Schutzverband deutscher Schriftsteller interessant sein, zu erfahren, welche deutschen Werke in Paris bereits gespielt worden sind, ehe der Boykott aufgehoben worden war: nämlich Hofmannsthals „Electra". Wenn sich wirklich bald auch die letzten deutschen Bühnen den ernsten deutschen Autoren verschließen und den französischen Kitsch spielen werden, so wird das wohl daran liegen, daß leider das deutsche Volk in seiner überwiegenden Majorität den französischen Kitsch den ernsten deutschen Autoren bevorzugt. Das kann man allerdings dem französischen Publikum nicht vorwerfen, das zwar seinen heimischen Kitsch nicht wenig liebt, aber dafür die ernsten französischen Autoren seit jeher gelesen und aufgeführt hat, im Gegensatz zum deutschen Volk, dessen Künstler nach Nietzsche wie ein Kranichzug über Deutschland geflogen sind, ohne das Land zu berühren oder eine Spur zu hinterlassen. Und was nun den französischen Kitsch betrifft, so hat fast die ganze Berliner Presse erkannt, um wieviel feiner das gegenwärtige französische Lustspiel des Theaters in der Königgrätzer Straße ist, als etwa der grauenhafte Kitsch, der von dem heimischen Herrn Rudolf Lothar produziert wird. Ueber das Sachliche werden wir uns ja bald mit den Herren vom Schutzverband einigen. Ihre Notiz ist ja auch nicht weiter zu ernst gemeint, nur so ein bißchen Franzosenhetze, in der die deutschen Intellektuellen jetzt wieder Großes leisten.

Die Glocken von Corneville. Volksoperette — Walhalla-Theater. In seinem anerkennenswerten Bestreben, die klassische Operette zu pflegen, brachte das Walhalla-Theater Planquettes Glocken von Corneville heraus. Gegenüber den eindeutigen Trivialitäten unserer Operetten darf man diese melodiöse Romantik ruhig als Spieloper bezeichnen, womit freilich auch größere Ansprüche an die Darstellung angemeldet sind. Das Walhalla-Theater gab was in seinen Kräften stand, und wir machen ihm heute noch keinen Vorwurf, daß das nicht viel ist. Aber die stimmlichen und technischen Mängel könnte ein lebhaftes Unterstreichen des Orchesters abschwächen, und auch durch eine bessere Disziplin des Chors ließe sich noch manche Wirkung herausholen. Alfred Läutner gab als Gast den Gaspard mit Geschmack und diskreten Mitteln, Sophie Kanitz war eine nette Helderose, die andern — aber wie gesagt: jeder tat, was in seinen Kräften stand. H. E. K.

Der Umbau des Krollhauses am Berliner Königsplatz zu einer Volksbühne hat begonnen. Er erfolgt nach dem Entwurf des Berliner Architekten Oskar Kaufmann, des Erbauers der Freien Volksbühne am Bülowplatz, unter Schonung der alten Fassade. Der Verband der Freien Volksbühnen, dem das Haus vom preußischen Fiskus verpachtet wurde, berechnet die Umbaukosten auf 14 bis 15 Millionen Mark, für einen Teil davon leistet die Stadt Bürgschaft.

Nicht in Deutschland. Der schweizerische Bundesrat hat aus dem Fonds gegen die Arbeitslosigkeit der geistigen Arbeiter, der anderthalb Millionen Francs beträgt, dem Schweizerischen Schriftstellerverein zur Erhaltung des schweizerischen Schrifttums 100 000 Frcs. zukommen lassen.

Tages-Notizen

Zum 2. Konzert der Volksbühne, das Sonntag, 9. Oktober, mittags ½12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindet, werden Lieder von Schubert und Schumann und Duette von Schumann zum Vortrag gelangen. Mitwirkende: Kammersängerin Prof. Lula Mysz-Gmeiner, Kammersänger Prof. Albert Fischer.

Museumsführungen an der Volkshochschule Groß-Berlin. Die Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet in der kommenden Herbst-Arbeitsperiode eine Reihe von Museumsführungen. Je sechs Führungen werden dem Schloßmuseum, der Nationalgalerie und dem Kronprinzenpalais gelten. Die Führungen finden jeweils am Sonntag vormittag statt. Sie sollen zum vertieften Genuß von Werken der bildenden Kunst anleiten.

Ausstellungen. Die Galerie Goldschmidt-Wallerstein (Schlüterstraße 35a) eröffnet Mittwoch eine Sonder-Ausstellung von Aquarellen, Zeichnungen und Graphik von Oskar Kokoschka, die die Zeit von 1907 bis 1921 umfassen. — Kunsthandlung Heller (Bleibtreustraße 12, Eintritt frei 10—6, Sonntags 11—2) zeigt Werke von Fr. Radziwill, ferner Campendonk, Feininger, Heckelei.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
10% Preisaufschlag.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Ein Solbad im Norden Berlins.

Im Norden Groß-Berlins wurde soeben eine schon vor einigen Jahren festgestellte starke Solquelle erneut wissenschaftlich geprüft und begutachtet. Das Ergebnis der Untersuchungen ist die Feststellung, daß die Solquelle alle Voraussetzungen für ein heilkräftiges Solbad erfüllt. Die Solquelle wurde seinerzeit in Hermsdorf an der Nordbahn erbohrt, ohne daß damals der Versuch der Ausbeutung gemacht wurde. Nach ihrer Wiedereröffnung hat die Landesanstalt für Wasserhygiene in Dahlem das Solwasser der Quelle mit einem für Solbäder außerordentlich günstigen Ergebnis geprüft. Auch die fachärztliche Untersuchung hat ein Erfolg versprechendes Ergebnis. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn im Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin selbst ein kräftiges und infolge der großen Nähe billiges Solbad ins Leben gerufen würde, denn das einzige in Betracht kommende Heilbad in der Nähe Berlins, das Moorbad Saarow-Pieskow, im Osten der Stadt, hat eine ungünstige Verkehrslage und ist schon wegen der umständlichen und kostspieligen Verbindung wenig geeignet für minderbemittelte Leidende.

Die Hauptfürsorgestelle der Stadt Berlin für Kriegsbeschädigte wird am 5. Oktober d. J., im Hause Potsdamer Str. 13, Hof, Quergeb. 1 Treppe links, eine Beratungs- und Sprechstunde für **in Arbeit stehende Kriegsbeschädigte** eröffnen. Diese Sprechstunde findet in Zukunft am Mittwoch jeder Woche von 5—7 Uhr statt.

Sprachschule für Proletarier. In den nächsten Tagen beginnen die neuen Anfängerkurse in Englisch und Französisch für Kinder von 12 bis 14 Jahren. Anmeldungen von Montag, den 3. Oktober, bis Donnerstag, den 6. Oktober, 10 bis 12 Uhr vormittags, in der 24. Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche (Nähe Bahnhof Börse), Zimmer 7, Hof, rechter Seitenflügel, parterre.

Die Kinderlesestube Treptow, Kiefholzstr. 46, Gemeindeschule I, 4 Treppen, wird am Montag, den 3. Oktober 1921, nachmittags 3 Uhr, wieder eröffnet. Sie ist dann täglich, außer Sonnabends, von 3 bis 6 Uhr für alle Knaben und Mädchen von acht Jahren an, unentgeltlich geöffnet. Die Jugendlesehalle ist in den gleichen Räumen von Dienstag, den 4. Oktober, ab, am Dienstag, Donnerstag und Freitag, abends von 6 bis 9 Uhr, für alle Jugendlichen von 14 bis 18 Jahren gleichfalls unentgeltlich geöffnet.

Verloren. Ein Vertrauensmann der „Volksfürsorge" hat am 28. September beim Verlassen des Stadtbahnzuges auf dem Schlesischen Bahnhof seine Tasche mit einem Inhalt von 8000 M. Beitragskarten und Marken über 1000 M. bares Geld im Gepäcknetz eines Wagens der 3. Klasse liegen gelassen. Der Zug fuhr in der Richtung Jannowitzbrücke. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Tasche nebst Inhalt bei der Rechnungsstelle 1 der „Volksfürsorge", Berlin SO. 16, Engel-Ufer 28, gegen evtl. Belohnung abzugeben.

Gefunden. Bei der Wählerversammlung am 30. 9. in der Schulaula, Köpenicker Str. 125, ist ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden worden. Abzuholen bei F. Guddert, Michaelkirchstr. 19.

Ein neuer Mord. In der Beamtenkolonie „Daheim" (in der Nähe der Trabrennbahn Mariendorf) wurde die Ehefrau Reuß

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch. Zunächst vielfach heiter, bei mäßigen südöstlichen Winden. Kühlere Nacht und etwas höherer Tagestemperatur. Nachher mäßige zunehmende Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Sträfliche Fahrlässigkeit

Zum Tiefbauunglück in der Friedrichstraße

In der Lokalnotiz vom Dienstag, in der wir über das Unglück beim Bau der Nordsüdbahn am Bahnhof Friedrichstraße berichteten, wurde bereits vermerkt, daß bei diesem Unfall, der mehreren Arbeitern das Leben kostete, die bauausführende Firma, in diesem Falle Siemens u. Halske, die Schuld daran trüge. Durch die ganze Presse gingen gefärbte Berichte, die die Unabwendbarkeit dieses Unfalls in den Vordergrund stellten und das Reißen eines Kettenringes als Ursache ansprachen. Die — „höhere Gewalt" mußte mal wieder herhalten, und der Baumeister Lindner, der diese Arbeiten unter sich hatte, ist ebenso unschuldsvoll wie die Firma.

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß hier in der sträflich leichtfertigsten Weise gearbeitet wurde, so daß ein Unglück eintreten mußte. Nicht Kräne wurden zum Herunterlassen der Last von etwa 100 Zentnern verwendet, sondern je zwei einfache vierfüßige Rüstungsböcke von so geringer Stabilität, daß diese von Fachleuten als „Streichhölzerböcke" angesprochen werden. Die Bockfüße ruhten auf wackligen, durch Straßenschmutz schlüpfrig gewordenen Kanthölzern, ohne irgendwelche Befestigung. Die Böcke untereinander waren nicht versteift und verbunden. Selbst im günstigsten Fall, wenn die Last ganz wagerecht gehangen hätte, um hinabgelassen zu werden, so daß die Böcke gleichmäßig belastet gewesen wären, mußten sich die ganz freistehenden Böcke mit ihren oberen Kanten gegenseitig anziehen und umkippen. Weil aber die Kanthölzer, auf welchen die Böcke standen, nicht ausgeschnitten waren, so daß der schwere Eisenteil länger war als das Einführungsloch, mußte die Last schräg zu Grund geführt werden. Dadurch kam die Belastung nur auf den Bock, der das tiefergehende Ende tragen mußte, der Schwanz zog den anderen entlasteten Bock nach sich, und so mußte die Geschichte in sich zusammenfallen. Die obenstehenden Arbeiter wurden durch das Umkippen der Böcke in die Grube geschleudert und getötet. Wenn man sich auf das Reißen der Kette beruft, so ist zu sagen, daß Ketten periodisch auf Rißfestigkeit geprüft

hinderte, das den so oft betonten Willen, zur baldigen Verständi-
werden müssen und altes müdes Material zu beseitigen ist.

Hinzu kommt noch folgendes: Die technischen Vorarbeiten beim Transport von Lasten leisten die Zimmerer, die die Gerüste sachgemäß aufstellen und nach jeder Richtung für Sicherheit sorgen. Seit dem Zimmererstreik aber wurden auf diesem Baulos die Streikbrecher, ungelernte Arbeiter, nicht entlassen, weshalb diese Strecke für Zimmerer gesperrt war. Der geniale Baumeister Lindner aber brüstete sich damit, daß er zeigen werde, daß er ohne Zimmerer seine, Arbeit fertigbringt. Gewöhnliche Tiefbauarbeiter, denen nur ein Schachtmeister vorsteht, bewerkstelligten daher diese Arbeit in ganz primitiver Weise, mit dem Erfolg, daß die verbrecherische Nachlässigkeit der Firma und ihres bestellten Baumeisters das Leben von Arbeitern kostete. Wichtig vor allem wäre es, daß die zwei Böcke und der zerbrochene Ring beschlagnahmt werden, wenn dies noch nicht geschehen ist. Die Untersuchungskommission wird alle diese Tatsachen prüfen und auch Fachleute aus der Arbeiterschaft zuziehen müssen. Der Skandal leichtfertig mit dem Leben von Arbeitern umzugehen, muß endlich beseitigt und durch ein exemplarisches Exempel an die Schuldigen demonstriert werden. Es dürfte nun an dem Staatsanwalt liegen, einer etwaigen Verdunkelungsgefahr durch raschen Zugriff vorzubeugen.

Zum Streik der Gastwirtsgehilfen

Die gesamte bürgerliche Presse findet sich wieder in einer Einheitsfront zusammen, gilt es ja die Forderungen der Gastwirtsangestellten zu bekämpfen. Richtige Vorfälle, die durch das starre Verhalten der Unternehmer hervorgerufen werden, finden ihren Niederschlag in den sensationell zurechtgemachten bürgerlichen Zeitungen, die aus jeder Mücke einen — Elefanten machen. Bei diesem Kampf handelt es sich um die Durchsetzung eines Prinzips und zwar soll die endliche **Abschaffung des Trinkgeldwesens** durchgeführt werden, eine Entlohnungsart, die im Mittelalter angebracht war, aber heute keine Berechtigung mehr hat. Wir wollen dabei die ethischen Gesichtspunkte des Trinkgeldwesens ganz außer Acht lassen und erinnern nur noch, daß alle bürgerlichen Reformer sich gegen diese Art der Entlohnung wandten. Anzunehmen, daß nun die sogenannte demokratische Presse wenigstens diese Kampfmotive achten würde, hieße dieser Presse zu viel Ehre antun. Im wüstesten Reporterstil wird über den Streik berichtet. Die Gastwirtsgehilfen werden sich aber durch das Geschrei dieser Inseratenplantagen nicht stören lassen und ihren Kampf durchzufechten wissen.

Erwerbslosigkeit zu Anfang September

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit:

Der Monat August hat eine weitere Verminderung in der Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich um rund 36 000 gebracht, und zwar ist die Zahl der männlichen unterstützten Erwerbslosen von 205 000 auf 177 000, diejenige der weiblichen von 63 000 auf 55 000 zurückgegangen. Die Zahl der zuschlagsberechtigten Familienangehörigen Vollerwerbsloser ist von 299 000 auf 250 000 gesunken. Allerdings ist etwa die gleiche Zahl unterstützungsberechtigter Erwerbsloser nicht im Berufsleben, sondern bei den Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge untergebracht. Auch muß bei der Bewertung der Statistik immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sie die sehr bedeutende und jedenfalls größere Zahl der nicht unterstützten Erwerbslosen sowie die Kurzarbeiter überhaupt nicht erfaßt. Bleibt aber auch nach dem allen eine Minderung der Erwerbslosigkeit unverkennbar, so sind die Ursachen dieser an sich erfreulichen Tatsache sehr verschieden. Die anhaltend schöne Witterung war ebenso günstig für den Wohnungsbau und für die Landwirtschaft wie für die Notstandsarbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Der Mehrbedarf an Arbeitskräften, der hierdurch zurzeit hervorgerufen ist, wird mit dem Eintritt der ungünstigen Jahreszeit in Wegfall kommen. Noch stärker wird zu gegebener Zeit der Rückschlag sein, soweit die gegenwärtige Abnahme der Erwerbslosigkeit auf dem Niedergang der Währung beruht. Demgemäß stehen auch die amtlichen Stellen der augenblicklichen Besserung des Arbeitsmarktes mit größter Vorsicht gegenüber, sie bleiben bemüht, durch den Ausbau der Arbeitsvermittelung, durch möglichst gleichmäßige Verteilung der Arbeitsgelegenheit und möglichst vollkommene Auswertung der Aufträge des Reichs und der anderen öffentlichen Körperschaften allzu schweren Störungen des Wirtschaftslebens vorzubeugen.

Gewerkschaftskommission Schöneberg. Die erste Sitzung beschäftigte sich mit den Gewerbegerichtswahlen in Schöneberg, bei denen auf die Listen der freien Gewerkschaften nur 4000, während zirka 300 Stimmen auf die übrigen Verbände entfielen. Die Krankenkassenwahlen sollen im Dezember vor sich gehen, so daß die Vorarbeiten durch den von fünf Herren verstärkten Unterausschuß in Angriff zu nehmen sind. Genosse Zeidler, Mitglied des Erwerbslosenrates Schöneberg, führte Beschwerde über die Firma Klemmer, Friedenau, Schmargendorfer Straße. Letztere beschäftigt 10 bis 15 Hilfsarbeiter im Alter von 16 bis 18 Jahren, welche vorwiegend zu Akkordarbeiten herangezogen werden, unter ganz niedrigen Akkordlöhnen. Durch diese Machenschaften seien ältere Facharbeiter zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt. Ferner erwähnt Redner die Schädlichkeit der Doppelexistenz. Genosse Zeitner, Vertreter der Metallarbeiter, verpflichtet sich, diesen Uebelstand abzustellen.

Angestellte der Berliner Metallindustrie. Die am 29. September stattgefundene überfüllte Versammlung der AfA-Funktionäre der Groß-Berliner Metallindustrie nahm einstimmig folgende Resolution an: „Die am 29. September 1921 versammelten AfA-Funktionäre der Groß-Berliner Metallindustrie nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß der Verband Berliner Metallindustrieller das Bestreben des AfA-Bundes, in direkten Verhandlungen zu einem Ergebnis zu gelangen, durch ein Verhalten gung zu kommen, nicht erkennen ließ. Die AfA-Funktionäre der Metallindustrie billigen das Verhalten ihrer Körperschaften bei Aufstellung und Vertretung der Forderungen, an denen sie nach wie vor festhalten. Mit Ermäßigung der Forderungen sind die AfA-Funktionäre nicht einverstanden. Sie sind gewillt, mit allen zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln ihre nur allzu berechtigten Ansprüche durchzusetzen, und zwar innerhalb eines kurzfristig zu bemessenden Zeitraumes."

Maschinisten. Die Besichtigung der Großfunkenstation Nauen kann leider nicht verlegt werden, da die Direktion uns mitteilte, daß sämtliche Sonntage in diesem Jahre besetzt sind. Die Direktion macht uns folgenden Vorschlag: Am Sonntag, den 16. Oktober, mit dem Zuge 7.15 Uhr früh vom Lehrter Bahnhof nach Nauen zu fahren, die Besichtigung ist von 9 bis 11 Uhr, resp. 12 Uhr. Die Kollegen können dann um 1 Uhr zurückfahren und hätten in den Nachmittagsstunden noch Zeit, ihr Wahlrecht auszuüben. Wir ersuchen alle Kollegen, die an der Besichtigung teilnehmen wollen, sich um 7 Uhr früh auf dem Lehrter Bahnhof einzufinden.

Gegen die Bierpreiserhöhungen. Sonnabend tagte eine Versammlung der gesamten Angestelltenschaft der Schultheiß-, Patzenhofer-, Kindl- und Engelhardt-Brauereien, die in der Erhöhung des Preises für Flaschenbier auf 45 M. eine schwere Gefahr für ihre Existenz erblickte. Der Konsum ginge zurück und die Folge wäre vermehrte Arbeitslosigkeit. Weiter wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß die Saisonarbeiter im Laufe des Winters nicht entlassen werden sollen.

Bauarbeiter. Die in der Dienstag-Morgenausgabe für Mittwoch, den 5. d. Mts. angekündigte Zusammenkunft sämtlicher Bezirks- und Hauskassierer des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes findet **nicht** statt. Nicht der Vorstand des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, sondern ein Unberufener hat die Versammlungsanzeige in der „Freiheit" aufgegeben. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin.

Samariterkurse

Von der Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin E. V. wird uns geschrieben:

Wer hat nicht schon vor einem plötzlich Erkrankten oder Verunglückten gestanden, ohne sachgemäß helfen zu können. Diesem Uebelstand ist genannte Kolonne bemüht, schon seit Jahren abzuhelfen. Zu diesem Zweck verweisen wir auf unsere jetzt angefangenen Kurse (siehe Lehrkurse). Sämtliche Kurse werden von Aerzten kostenlos geleitet. Die Kurse umfassen 15—20 Lehrabende und sind mit praktischen Uebungen verbunden. Der Preis beläuft sich auf 10 M., welche für Anschaffung von Lehrmaterialien verwandt werden. Der Lehrplan ist wie folgt:

Beschreibung des menschlichen Körpers. A) Anatomie (Lehre vom Bau des menschlichen Körpers), B) Physiologie (Lehre von den Verrichtungen des menschlichen Körpers). Die Samaritertätigkeit. A) Verletzungen. Blutige Verletzungen (Wundverlauf, Wundbehandlung, Blutstillung, Verbandslehre, Instrumente). Unblutige Verletzungen: 1. mechanische: Quetschungen, Verstauchungen, Verrenkungen, Knochenbrüche; 2. thermische: Verbrennungen, Hitzschlag, Erfrierungen; 3. chemische: Verätzungen; 4. elektrische: Blitzschlag, Hochspannungsströme. B) Erkrankungen: Infektionskrankheiten, Ohnmacht, Bewußtlosigkeit und Scheintod, Ertrinken, Erstickungen, Erhängen, Blutungen aus dem Körperinnern, Fremdkörper, Vergiftungen. C) Krankenbeförderung, Krankentransport.

Nach Beendigung findet eine Prüfung statt und kann alsdann ein Prüfungszeugnis ausgestellt werden.

Neue Kurse beginnen an folgenden Stellen: Stallschreiberstr. 54 a, Cöpenick, An der Freiheit, Dorotheenschule, Beginn am 3. Oktober jeden Montag, Pankow, Schulstraße, Beginn am 5. Oktober, jeden Mittwoch, Neukölln, Thomasstraße, Beginn am 5. Oktober, jeden Mittwoch.

Parteiveranstaltungen

Eine Frauenversammlung findet am Mittwoch abend außer der bereits angekündigten noch in der Schulaula, Annenstraße 1b, statt. Referentin ist Genossin Wurm.

Mittwoch, 5. Oktober

4. Verwaltungsbezirk. 6 Uhr Bezirksversammlung, Heckert-Realschule, Weißenburger Straße 4. Fraktionssitzung 5 Uhr daselbst.

Neukölln. Die Teilnehmer an der Bestattungsfeier der Genossin Bek treffen sich 2¾ Uhr am Krematorium, Baumschulenweg.

Donnerstag, 6. Oktober

5. Verwaltungsbezirk, 17. Distrikt. Abends 7 Uhr Sitzung der Distriktsleitung mit Obleuten und Abteilungsführern bei Dreise.

13. **Verwaltungsbezirk** (Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade). Bildungsausschuß des Bezirkes. Abends 7 Uhr Sitzung im Zimmer 26 des Rathauses Mariendorf.

9. Distrikt (Wedding). Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei P. Kroll, Utrechter Straße 21.

14. Distrikt. Pünktlich 7½ Uhr abends engere Vorstandssitzung bei Büttner, Schwedter Straße 23.

16. Distrikt (Gesundbrunnen). 7 Uhr Vorstandssitzung, Bellermannstraße 2-3.

16. Distrikt und Stralau. Abends 7 Uhr engere Vorstandssitzung bei Blüting, Gubener Straße 24. Jede Abteilung muß vertreten sein. Beim letzten Kinderempfang am Schlesischen Bahnhof sind vier kleine blaue Kaffeeflaschen abgegeben worden. Dieselben sind abzuholen bei August Dietrich, Rominterner Straße 40.

19. Distrikt (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Sitzung der Bildungskommission bei Redlich, Solmsstraße 40. Kinderschutzkommission und Arbeitskommission der Frauen des 19. Distrikts nehmen an der Sitzung teil.

Weißensee. Treffpunkt der Kinder, die an der 2-Tage-Tour Lehnitzsee—Oranienburg teilnehmen, früh 7 Uhr Prenzlauer Bahnhof (Schalterraum). Mitzubringen sind für 2 Tage Brot, Trinkbecher, Napf und Löffel. Unkosten 3 M.

Pankow 7 Uhr Geschäftsleitung bei Vater, Mühlenstraße 12.

Vereinskalender

Dienstag, 4. Oktober

Neukölln. Internationaler Bund, Gruppe West, 13.—18. Bezirk, 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Pichnik, Okerstraße 5.

Mittwoch, 5. Oktober

Zentralverband der Angestellten. Glas und Keramik: 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße 35. — Nahrung: 8¼ Uhr Fachgruppenversammlung, Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstraße 10. — Patentanwaltsangestellte: 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Blüchersälen, Blücherstraße 61. — Papier: 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Neue Philharmonie, Cöpenicker Straße 96-97.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kamerfner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Metallankaufsstelle Osten, Grüner Weg 93 zahlt Tagespreise für **Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.**

Gold- Silber- Platin- Bruch kauft Silber-Zentrale Gotzkowsky-Straße 13

Die **Licht- u. Natur-heilmethode** sowie die **elektro-physikalische Therapie** haben gegen frische und veraltete Leiden **glänzendste Erfolge** erzielt. Das **modernste Institut** auf diesem Gebiete ist **Haus Oranien** Elektro-mediz. Anstalt, Oranienstraße 37. Unter Leitung von Ärzten, auch einer Ärztin. 15 elektro-medizinische Behandlungen v. M. 80.— an. **Prospekte und Auskunft kostenlos**

Kehre zurück zu guter Friedensgarderobe. Sie werden sich **alles vergeben** nur nicht, wenn Sie unterlassen, vor Neuanschaffung bei **Wallach & Schubert, C 2, Breite Str. 5,** Hof links, vorzusprechen. Dort kaufen auch Private:

	Fertig	Nach Maß
Anzüge	550—950	900—1400
Schlüpfer usw.	575—975	800—1200

aus nur soliden Stoffen in bester, moderner Ausführung. Telephon: Zentrum 8360.

Trotz Teuerung verkaufe noch immer billig **Anzüge, Schlüpfer** in feinster Verarbeitung aus prima Stoffen Mk. 350.— bis 750.— Große Auswahl in feinsten Maßstoffen. Eigenes Atelier. Solideste Preise. Imex G. m. b. H. Schloßplatz 18 II

Botenfrauen sofort gesucht

„Freiheit"-Ausgabestelle **Charlbg., Wallstraße 90,** Seitenflügel part. Meldungen von 9—11 und 2—5

Spedition Wutzki **Choriner Straße 68**

Annahme in allen Speditionen des Verlages **Kleine Anzeigen** Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Paletot, schwarz, billig verkäuflich. Schenk, Köpenickerstr. 127.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90.— an, Rotfüchse 70.—, Zobelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Zandock.

Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel 275, Joppen 70. Elegante Damenmäntel, Kreuzfüchse usw. spottbillig. Riesenlager. Keine Lombardware. Leihhaus Poppenerstraße 47 (Hallesches).

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Keine Lombardware.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8/9.

Kreuzfüchse 85.—. Sämtliche Pelzarten. Hälfte herabgesetzte Sommerpreise, entzückende Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 204, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 265.—, Hosen 45.—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig, entzückende Damenmäntel Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Kreuzfüchse! 100.—. Zobelfüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Seltene Gelegenheiten! Sensations-Sommerpreise! Anzüge! Hosen! Uhren! Goldwaren! Spottpreise! (Keine Versatzware.) Fahrvergütung! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof).

Frauen lesen gern Romane. Verlangen Sie gegen Einsendung von 11.— Mark den „Weg zum Haß", Roman von Conrad Loele von der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Kaufgesuche

Silberschmelze Christionat, Köpenicker Str. 20 a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Quecksilber, Glühstrumpfasche, sämtliche Metalle.

Schellack, Leim, Firnis usw. sucht Farbenhaus Neue Königstr. 87. Königst. 3091.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Möbel

Chaiselongues 210.— bis 575.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße acht zehn.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Weiche, Auguststraße 32a, Dugd.

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, 1 a Lackfarbe herrliche Verglasung, 450.—, Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum imit., 2950 Mark. Stube und Küche, 14 Teile, 2250 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Kleiderschränke, Vertikow, englische Bettstellen, Sofas, Ausziehtische, Stühle, Sofaumbaue, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Einrichtungen äußerst billig. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Kerkau, Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 25 (Schönhauser Tor).

Werkzeuge und Maschinen

Kugellager kauft Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 163. Humboldt 461.

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw. billigst. Richard Berlin G. m. b. H., Lübecker Str. 14. Hansa 727.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Strausberger Straße 44.

Unterricht

Kino-Vorführer-Ausbildung beginnt: Kandyba, Friedrichstraße 21.

Verschiedenes

Sprechapparate leihweise, moderne gute Hausmusik für alle Festlichkeiten billigst. Hin- u. Rücktransport durch mich. W. Sieg, Boppstr. 1. Telephon Moritzplatz 16578.